

## Der Kampf um soziale Gerechtigkeit erfordert unsere verstärkte Solidarität

Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e.V.

Blicken wir auf das vergangene Jahr zurück, bleibt uns vor allem die Erfahrung, dass nichts von Ewigkeit ist und sich manches schneller ändert als erwartet. USA-Präsident Donald Trump hält die Welt mit seinen gleichermaßen unberechenbaren wie abenteuerlichen Eskapaden weiter in Atem. Großbritannien will nun wirklich aus der EU austreten. Der strahlende Sieger der französischen Präsidentschaftswahlen von 2017, Emmanuel Macron, erlebt den Verfall seiner Popularität und sieht sich von den „Gelbwesten“ als Präsident der Reichen bloßgestellt. Nach 18 Jahren gibt Angela Merkel den CDU-



Vorsitz auf und bereitet langsam ihren Abgang als Bundeskanzlerin vor. Einpeitscher der Anti-DDR-Hetze, wie Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe oder die Doping-Verfolgerin Ines Geipel, verloren ihre Posten. Die Behörde des Bundesbeauftragten für die „Stasiunterlagen“ kann in ihrer jetzigen Form nicht mehr weitergeführt werden. Spannend bleibt, ob die an Roland Jahn gestellten Fragen in der dazu angekündigten Debatte eine Rolle spielen werden. Oder aber, ob der angedachte Kulturwandel in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zu mehr Seriosität in der Arbeit dieser Einrichtung führen wird. Mit „Aufstehen“ ist eine hoffnungsvolle linke Sammelbewegung entstanden und noch vor einem Jahr hätte niemand geglaubt, dass die Partei DIE LINKE in Berlin ein Volksbegehren zur Enteignung der großen Immobilienkonzerne aktiv unterstützt.

Auch der deutsche Rechtsstaat gerät in die Kritik. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Hans-Jürgen Papier, regis-

trierte die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und warnte davor, dass die Erosion des Rechtsstaates zu einer „Willkürherrschaft der Mehrheit über die Minderheit“ führen könne. Unter Bezugnahme auf die Nichtdurchsetzung von Ausreisepflichten sieht er die Gefahr, dass geltendes Recht durch persönliche Moralvorstellungen ersetzt wird. (*Morgenpost-online vom 13.10.2018*)

Uns ist noch in Erinnerung, wie unter Berufung auf den Rechtsstaat die Rückführung des angeblichen Leibwächters von Osama Bin Laden nach Deutschland gefordert wurde, da eine anhängige

Klage gegen die Abschiebung noch nicht entschieden worden war. Im gleichen Rechtsstaat ist es aber möglich, dass ohne jeglichen Nachweis individueller Schuld, ohne Anhörung vor Gericht, großen Personengruppen durch Beitragszahlung erworbene Rentenansprüche pauschal und willkürlich aberkannt werden, dass Hass und Rachsucht gegen die einstigen politischen Gegner sich in sozialer Abstrafung ausleben dürfen. Da das Bundesverfassungsgericht klare Festlegungen zur Abschaffung der Straffrenten vermieden hat, wurden die Betroffenen letztlich der Willkür ideologisch geprägter politischer Entscheidungen ausgeliefert. Eine Rechtssatzbeschwerde gegen das die ostdeutsche Bevölkerung diskriminierende Rentenüberleitungsabschlussgesetz hat das Bundesverfassungsgericht ohne weitere Begründung erst gar nicht zur Behandlung angenommen.

Was ist das für ein Rechtsstaat? Bei den bestehenden Regelungen des AAÜG und deren

Änderungsgesetzen sowie beim Rentenüberleitungsabschlussgesetz missachtete der Gesetzgeber den demokratischen Grundsatz, dass gesetzliche Regelungen und deren Umsetzung nicht „par ordre du mufti“ erfolgen dürfen. Gerade auf dem Gebiet des Überführungsrechtes und nach der mit Entsetzen aufgenommenen Nichtannahme der Rechtssatzbeschwerde zum Rentenüberleitungsabschlussgesetz durch das BVerfG zeigt sich die Notwendigkeit, künftig noch stärker als bisher mit politischen Mitteln und geeigneten Vorschlägen den Kampf für gerechte sozialpolitische Lösungen fortzusetzen.

Bekanntlich hat ISOR im Mai 2018 in Schreiben an die Bundesregierung und Politiker eine Aufhebung der politisch motivierten Rentenkürzungen für die ehemaligen Angehörigen des MfS und ausgewählte Gruppen von Partei- und Staatsfunktionären der DDR gefordert. Unterstützt werden diese Forderungen bisher nur von der Partei DIE LINKE. Die SPD hat sich auch nach einem zweiten Schreiben an Arbeitsminister Hubertus Heil noch nicht geäußert, die Bundeskanzlerin und die CDU-Fraktion sehen keinen Handlungsbedarf und die übrigen Fraktionen haben noch nicht einmal den Eingang unseres Schreibens bestätigt. Alles sieht danach aus, dass der Petitionsausschuss des Bundestages am Ende erhalten muss, um uns zu erklären, dass leider keine parlamentarischen Mehrheiten für unsere Forderungen gefunden werden konnten. Das wäre eine erneute Ignorierung des Verfassungsgebotes der rechtlichen Gleichbehandlung aller Bürger, unabhängig von ihrer Herkunft und Weltanschauung. Wir fordern nicht mehr und nicht weniger als eine Rentenberechnung, wie für alle anderen DDR-Bürger, Renten nach eingezahlten Beiträgen bis zur allgemein geltenden Bemessungsgrenze.

ISOR wird im Bündnis mit der Friedensbewegung und einzelnen Persönlichkeiten seine Aktivitäten im Kampf um den Frieden, für Abrüstung und die Verhinderung eines neuen Weltkrieges weiter verstärken. Kriegshysterie und Aufrüstung sind ernstzunehmende Gegner des sozialen Friedens in Deutschland und der Welt.

Viele Mitglieder begrüßen angesichts der spürbar zunehmenden Kriegsgefahr und der unverantwortlichen Verschärfung von Konflikten mit Russland und China die ISOR-Initiativen zur Unterstützung der Friedensbewegung. Dabei sind wir der uns durch Alter und Gesundheitszustand gesetzten Grenzen durchaus bewusst und wissen auch, dass es vielen von uns von Jahr zu Jahr schwerer fällt, übernommene Aufgaben zu erfüllen. Stellen wir uns also realistische Ziele und erfüllen diese gemäß unseren Überzeugungen, solange wir dazu in der Lage sind und solange Leben in uns ist! Vergessen wir nicht die Maxime des Handelns aller bewaffneten Organe der DDR, die immer auf die Erhaltung des Friedens gerichtet war. Gelebte Solidarität ist und bleibt politischer Hauptinhalt unserer Initiativegemeinschaft.

Was Solidarität bewirken kann, zeigt sich aktuell in den Fortschritten bei der Anerken-

nung von Zulagen und Zuschlägen – speziell des Verpflegungsgeldes - für die Rentenberechnung. Nach den Ländern Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Berlin ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis auch in den restlichen ostdeutschen Bundesländern alle ehemaligen Angehörigen der Volkspolizei und schließlich auch die ehemaligen Angestellten des Mdl und der Zollverwaltung der DDR, möglicherweise auch die ehemaligen NVA-Angehörigen – in allen Fällen vor allem die unteren Dienstgradgruppen – mit spürbaren Rentenverbesserungen rechnen können. Höchste Anerkennung verdient in diesem Zusammenhang das Wirken unserer Mitglieder, die mit großer Hartnäckigkeit und Kompetenz zu diesem Erfolg beigetragen haben.

Was gelebte Solidarität ausmacht, zeigt sich auch im gemeinsamen Handeln der Sozialverbände im OKV und mit dem Landesverband Sachsen der Gewerkschaft der Eisenbahner bei der Rechtsatzbeschwerde gegen das Rentenüberleitungsabschlussgesetz vor dem BVerfG.

Nicht wenige Mitglieder unserer Initiativgemeinschaft vertreten die Auffassung, dass sich unser Kampf nicht mehr lohnt. Verloren haben

wir unseren Kampf erst, wenn wir aufhören uns zu wehren und unseren Zusammenhalt aufgeben. Änderungen zu unseren Gunsten sind nur möglich, wenn wir sie immer wieder einfordern und das fortbestehende Unrecht ständig anprangern. Wir sind fest entschlossen, sich anbietende Möglichkeiten einer Verbandsklage vor dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen zu nutzen, sobald Deutschland das Fakultativprotokoll zum UN-Sozialpakt ratifiziert hat. Dazu hat sich die BRD sowohl im Koalitionsvertrag als auch gegenüber der UNO noch in dieser Legislaturperiode verpflichtet.

Nach dem Schock der Nichtannahme unserer Verfassungsbeschwerde zum § 7 AAÜG Ende 2016 und dem Austritt einer größeren Anzahl von resignierenden Mitgliedern hat sich ISOR als Verein wieder stabilisiert. Nahezu 10.000 Mitglieder halten weiter treu zu ISOR. Das ist alleiniges Verdienst einer Vielzahl unermüdetlich und selbstlos tätiger Funktionäre, der Mitglieder der Vorstände und Arbeitsgruppen, Kassierer, Kassenprüfer und Betreuer. Durch ihr persönliches Vorbild, durch die Gestaltung eines lebendigen Vereinslebens und im indivi-

duellen, vertrauensvollen Kontakt mit den Mitgliedern machen sie ISOR immer wieder von Neuem zur Heimstätte Gleichgesinnter, zum sozialen Mittelpunkt in einem von Antikommunismus, DDR-Diskriminierung, Geldgier und Egoismus geprägten Umfeld.

Wir sind fest davon überzeugt, dass der Kampf um soziale Gerechtigkeit, für Renten, von denen alle Menschen vernünftig leben können, erfolgreich sein kann, wenn wir fest und geschlossen zusammenstehen, immer Solidarität beweisen, Ausdauer und auch Hartnäckigkeit an den Tag legen. Wir haben gelernt, mit Misserfolgen umzugehen. Unser fast drei Jahrzehnte währender Kampf hat uns die Erfahrung vermittelt: „Es gibt keinen Fortschritt ohne Rückschritt“.

Allen Mitgliedern der ISOR, auch allen die ISOR in der Vergangenheit unterstützt und zu dem Verein gemacht haben, der er heute ist, allen unseren Freundinnen und Freunden, Sympathisantinnen und Sympathisanten wünsche ich im Namen des Vorstandes ein gesundes, erfolgreiches und glückliches Jahr 2019!

\*

## Aus der Arbeit des Vorstandes

Hans-Joachim Friedrich informierte über den 25. Friedensratschlag in Kassel vom 1./2.12.2019, an dem er teilgenommen hatte. Der Vorstand empfiehlt den TIG, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten in die Vorbereitung und Durchführung der regionalen Ostermärsche 2019 einzubringen.

\*

Der von Joachim Bonatz erarbeitete Entwurf eines Briefes an die neue CDU-Vorsitzende, Annegret Kramp-Karrenbauer, wurde vom Vorstand bestätigt. Darin wird sie zu ihrer Wahl beglückwünscht und zugleich auf die noch ungelösten Rentenprobleme aufmerksam gemacht.

\*

Wolfgang Schmidt berichtete über die große Resonanz und Zustimmung, die die Broschüre „Wahrheit und Versöhnung?“ unter ISOR-Mit-

gliedern findet. Bemerkenswerte Reaktionen aus Kreisen der Politik und der „DDR-Aufarbeitung“ liegen noch nicht vor.

\*

Ab Januar 2019 ergeben sich folgende Änderungen in der Geschäftsstelle der ISOR e.V.: Die langjährige Sekretärin, Frau Kerstin Siegel, beendet ihre Tätigkeit, nachdem sie bereits im vergangenen Jahr ausschließlich die Abwicklung der ISOR-Aufgaben im Rechtsanwaltsbüro Bleiberg unterstützt hat.

\*

Peter Ott, langjähriger Mitarbeiter und Vollzeitkraft im gleichen Anwaltsbüro, beendet dort seine Tätigkeit und wird auf Mini-Job-Basis in der Geschäftsstelle als Vertreter des Geschäftsführers eingearbeitet. Er steht hier den Funktionären und Mitgliedern der ISOR mit seinen fundierten Kenntnissen im Rentenrecht weiterhin beratend zur Verfügung.

\*

Die Auflösung des Beratervertrages der ISOR beendet nicht die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Rechtsanwalt Bleiberg. RA Bleiberg ist grundsätzlich bereit, auf der Basis individueller Vereinbarungen ISOR-Mitglieder als Anwalt oder Notar zu vertreten, wie das bereits in den Fällen der Zulagen/Zuschläge praktiziert wird.

\*

## Zum Ehrenmitglied ernannt wurde

Genossin

**Anna Winkler, TIG Güstrow,**  
in Anerkennung ihrer langjährigen vorbildlichen Arbeit als Hauptkassiererin und ihres selbstlosen Einsatzes für die Mitglieder dieser TIG.

\*

## Zu den Ergebnissen des UPR-Verfahrens zu Deutschland (3. Zyklus) 2017/2018

Dr. Jürgen Zenker, Mitglied des Arbeitskreises Menschenrechte in der GBM

Nachdem bereits mehrfach über die Mitwirkung der GBM am UPR-Verfahren informiert wurde, geht es nunmehr darum, die Ergebnisse zu bewerten.

Formal wurde das Verfahren mit der Annahme der Entscheidung 39/104 vom 20. Sep-

tember 2018 abgeschlossen. Damit verbunden ist die Verabschiedung von 259 Empfehlungen, die im UN-Dokument A/HRC/39/9 vom 11.07.2018 enthalten sind. Die genannte Zahl von Empfehlungen ist ungewöhnlich hoch. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zunächst sind

die 259 Empfehlungen keine Empfehlungen der gesamten UPR-Arbeitsgruppe bzw. des Menschenrechtsrates selbst, sondern lediglich Empfehlungen der Staaten, die sie unterbreitet haben. Außerdem spielt die Redezeit bei Tagungen der UPR-Arbeitsgruppe eine Rolle.

Die Mitgliedstaaten des Menschenrechtsrates haben jeweils drei Minuten Redezeit, Beobachterstaaten zwei Minuten.

Das hat zur Folge, dass es bei UPR-Debatten sehr große Teilnehmerzahlen gibt. Berechtigt ist natürlich die Frage, in welchem Verhältnis sich die Anzahl der Empfehlungen zu ihrem jeweiligen Inhalt befindet. Wünschenswert wäre oftmals eine konkretere Ausgestaltung der Inhalte der Empfehlungen. Die Staaten, an die Empfehlungen gerichtet werden, sind aufgefordert, sich dazu zu positionieren.

Deutschland hat am 11. September 2018 eine Einteilung der Empfehlungen in zwei Kategorien vorgenommen, in Unterstützung und Kenntnisnahme, womit Ablehnung umschrieben wird.

Aus Sicht der GBM sind folgende Ergebnisse hervorhebenswert:

**Erstens** gibt es nunmehr größere Chancen für eine baldige Ratifikation des Fakultativprotokolls zum Sozialpakt durch die BRD.

Die GBM hatte in Punkt 4 ihres Beitrages die bisherige Verschleppung einer positiven Entscheidung kritisiert und eine Kehrtwende gefordert.

Wie die Empfehlungen 155.4-6 des Berichts der UPR-Arbeitsgruppe belegen, wird weiterhin auch internationaler Druck auf Deutschland ausgeübt, sich dem Fakultativprotokoll anzuschließen, so von den sechs Staaten Bosnien-Herzegowina, Italien, Montenegro, Sambia, Spanien und Finnland.

Deutschland seinerseits akzeptiert die genannten Empfehlungen 155.4-6 und hat auf den Koalitionsvertrag verwiesen, der die Ratifikation vorsieht. Allerdings sei der Ratifikationsprozess noch nicht abgeschlossen.

**Zweitens** wird Deutschland zu verstärkten

Anstrengungen bei der Bekämpfung von Rassismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gedrängt.

Die GBM hat ihrerseits in Punkt acht ihres Beitrages Besorgnis über zunehmenden Rassismus in Deutschland geäußert und eine Analyse der Ursachen gefordert. Sie fühlt sich bestätigt, dass zahlreiche diesjährige Empfehlungen zu ähnlichen Positionen gelangt sind. Das gilt insbesondere für die Empfehlungen 155.54-60 sowie für die Empfehlungen 155.86-92. Die Empfehlung 155.91, eingebracht von Namibia, betont die Notwendigkeit, strukturelle und institutionelle Diskriminierung zu beseitigen, einschließlich die Bürger mit afrikanischer Herkunft betreffend. Zahlreiche der genannten Empfehlungen wären geeignet gewesen, zur Entlarvung der Hintergründe der jüngsten Vorkommnisse in Chemnitz und Köthen beizutragen.

**Drittens** wird die Sicherstellung der Umsetzung der Empfehlungen des UPR-Verfahrens durch ein eigenes follow-up-Verfahren (dt. eifrig verfolgen. Red.) immer wichtiger. Die GBM, die sich in Punkt neun ihres Beitrages dazu geäußert hat, nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass in Empfehlung 155.31 vorgeschlagen wird, ein ständiges nationales follow-up und einen Durchführungsmechanismus für Empfehlungen zu etablieren. Es ist zu hoffen, dass die deutsche Seite diesbezügliche Vorbehalte zurücknimmt.

**Viertens.** Obwohl es keine den deutschen Vereinigungsprozess betreffende Empfehlung gibt, ist darauf hinzuweisen, dass es in der Dokumentation des UPR-Verfahrens zu Deutschland (3. Zyklus) verstreut dazu einige Aussagen gibt, auf die zurückgekommen werden kann.

Das betrifft u. a. die Angleichung der aktuellen Rentenwerte Ost an das Westniveau, eine

notwendige Regelung für in der DDR geschiedene Frauen sowie die Aussage in Ziffer 25 des UN-Dokuments A/HRC/WG.6/DEU/30/3: „Ein Gesetzesentwurf, soziale Rechte in das Grundgesetz aufzunehmen, ist in den Bundestag eingebracht worden, und es gibt jetzt die Möglichkeit, Fortschritte bei der Einfügung von Rechten des Sozialpakts zu erreichen.“

Aus dem Dargelegten folgt, dass auch künftig eine Mitwirkung am UPR-Verfahren erfolgen sollte, zumal damit zugleich die Wertschätzung multilateraler Regelungen zum Ausdruck gebracht werden kann. Das gewinnt in einer Zeit an Bedeutung, in der rechte nationalistische Kräfte den Multilateralismus angreifen und die USA beispielsweise aus dem UN-Menschenrechtsrat ausgetreten sind.

(aus AKZENTE 12/2018)

### UPR Deutschland 2018

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen praktiziert seit 2007 ein Prüfverfahren, dem sich alle Mitgliedstaaten regelmäßig unterziehen sollen: den Universal Periodic Review (UPR). Grundlagen für die Überprüfung der Menschenrechtslage in den Staaten sind die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die vom jeweiligen Staat ratifizierten Menschenrechtsabkommen sowie gegebenenfalls das Humanitäre Völkerrecht, das in bewaffneten Konflikten gilt. Im dritten UPR-Zyklus (2017-2021) wurde das Prüfverfahren zu Deutschland zeitlich in das Jahr 2018 gelegt. Deutschland wurde bereits 2013 und 2009 überprüft.

## Stellungnahme des OKV-Präsidiums zur

# Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde gegen das Rentenüberleitungsabschlussgesetz durch das Bundesverfassungsgericht

Das Bundesverfassungsgericht fasste den Beschluss am 31.10.2018, zugestellt am 26.11.2018 an RA Dr. Helmers, die Rechtssatzbeschwerden nicht zur Entscheidung anzunehmen. Mit der Nichtannahme werden u.a. die

- rentenrechtlichen Nachteile durch den **Wegfall der begründeten Höherwertung** OST ab 2025 für alle Arbeitnehmer OST dauerhaft festgeschrieben, obwohl die Prognosen für den Osten Deutschlands eine deutliche Verstärkung des Lohngefälles OST zu WEST voraussagen,
- **Rentner OST für insgesamt 35 Jahre schlechter gestellt** als Rentner WEST,
- **politisch motivierten willkürlichen Rentenkürzungen**

- **lebenslang bestehen bleiben**, während auch Schwerstkriminelle „wertneutral“ Renten nach ihrer Einzahlung in die Rentenkassen erhalten und sogar SS-Söldner und Naziverbrecher nach Gesetzen aus 12/1989 Zusatzrenten beziehen. <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/1997/Steuermilliarden-fuer-Naziverbrecher-Deutsches-Recht-macht-Taeter-zu-Opfern,erste6952.html>, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/moerder-mit-rentenanspruch/> und <http://www.hagalil.com/archiv/98/12/ss-rente.htm>
- **vielfältigen Ungerechtigkeiten** in der Überführung des Rentensystems Ost in das Rentensystem West **dauerhaft ignoriert**.

Nachteile aus diesem RÜA-Gesetz und der Weigerung des Bundesverfassungsgerichts, sich damit zu beschäftigen, betreffen alle Generationen, vom jungen Arbeitnehmer bis zum hochbetagten Rentner.

**Die Nachteile erfassen alle Schichten.** Akademiker sind genauso betroffen, wie Facharbeiter, Angestellte und prekär Beschäftigte.

Die Erkenntnisse aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (siehe auch Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) werden ausgeblendet. Bewusst **wird in Kauf genommen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird** und Ungleichheit in diesem Land immer mehr die Lebensverhältnisse der Menschen prägt.

Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden mit seinen Sozialverbänden ruft angesichts dieses Urteils dazu auf, sich politisch noch stärker gegen solches Unrecht einzusetzen und die Gleichheit vor dem Gesetz zu fordern.

Die Aktionen der Gewerkschaften, Sozialverbände und der parteiübergreifend Willigen müssen noch wirkungsvoller und koordinierter werden, damit sie tatsächlich wahrgenommen und Änderungen erzwungen werden.

Soziale Fragen und Rentenfragen gewinnen in diesem Land eine

zunehmend größere Aufmerksamkeit. Viele Aktionen, #Aufstehen u.a., haben diese Fragen in den Fokus gerückt.

Die Argumentation, diese sozialen Leistungen seien nicht zu bezahlen, ist schlichtweg falsch. Kennzeichnend für den Sozialstaat ist, dass die Gemeinschaft dem Schwächeren hilft.

Bei Einzahlungen in Sozialkassen dürfen nicht politische Interessen geopfert werden. Vertrauen in erworbene Ansprüche ist mit der Nichtannahme massiv untergraben worden.

Für Bankenrettung, Subventionspolitik im Interesse der Konzerne, für Hochrüstung, an der Konzerne verdienen, für Auslandseinsätze ist genügend Geld vorhanden.

**Die staatlich unberechtigt an Steuerbetrüger ausgezahlten Mittel allein im Zusammenhang mit CUM/EX-Geschäften sind mehr als ausreichend, um alle o.g. rentenrechtlichen Ungerechtigkeiten für alle heute lebenden Generationen zu beseitigen.**

Es war richtig, mit der Verfassungsbeschwerde juristisch gegen Unrecht vorzugehen. Die Nichtannahme der Beschwerden charakterisiert ein weiteres Mal den „sozialen Rechtsstaat“. Darüber aufzuklären und Gerechtigkeit mit politischen Mitteln einzufordern, bleibt eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Berlin, 04.12.2018

## Menschenrechtspreis für Hans Modrow

Der ehemalige DDR-Regierungschef Hans Modrow hat in Berlin einen Menschenrechtspreis erhalten. Den Preis verlieh die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde. Modrow machte bei seiner Ansprache auf die Aggression gegen Russland aufmerksam.

Hans Modrow, letzter Vorsitzender des Ministerrates der DDR, empfing den Menschenrechtspreis der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) im ND-Haus nahe des Berliner Ostbahnhofs. Helga Hörning, Vorsitzende der GBM, wies darauf hin, dass

der Menschenrechtspreis jedes Jahr am 10. Dezember anlässlich des Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948 verliehen wird. Der Preis selbst ist eine Skulptur einer Mutter mit Kind: ein Symbol des Friedens.

RT/Deutsch



Die **TIG Dresden** hielt am 17.11.2018 ihre Jahresmitgliederversammlung ab.

Schwerpunkt war die Einschätzung der Erfüllung der durch die Führungskonzeption festgelegten anteiligen Aufgaben.

Hervorzuheben ist die Teilnahme des Fraktionsvorsitzenden der Partei DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Rico Gebhardt, des Vorsitzenden des Stadtvorstandes Dresden der Partei DIE LINKE, Jens Matthis, der Vertreter angrenzender TIG, und befreundeter Organisationen, Vereinen und Verbände.

Das Hauptanliegen unserer Versammlung war die Festigung unseres Mitgliederbestandes, um für den weiteren Kampf um soziale Gerech-

tigkeit und die politische Arbeit einen starken Verein zu sichern.

Mit Bedauern mussten wir feststellen, dass weitere Mitglieder unsere TIG verlassen haben. Durch die aufopferungsvolle Arbeit der Betreuer und Kassierer ist es jedoch gelungen einen festen Bestand von 452 Mitgliedern zu halten.

Ungeachtet dessen wird eingeschätzt, dass es immer schwieriger wird, Mitglieder zur Übernahme von Aufgaben in der TIG zu gewinnen. Allein 37,8 Prozent der Mitglieder sind über 80 Jahre und darüber hinaus treten die gesundheitlichen Probleme immer stärker hervor.

Wie es aber auch gehen kann, zeigte die Diskussion unseres Mitgliedes Monika Haser.

Als ihr Mann aus gesundheitlichen Problemen die Aufgabe als Kassierer aufgeben musste, ist sie in ISOR eingetreten und hat seine Aufgaben voll übernommen.

Aber auch in den Fällen, wo Kassierer gesundheitlich eingeschränkt sind, haben sie sich in der Gruppe Hilfen gesucht. Für die Gesamtübernahme waren sie nicht bereit, aber Einzelaufgaben wie zum Beispiel das Austragen der ISOR Zeitung wurde übernommen.

Es ist m.E. an der Zeit, sich mit dieser Situation auseinander zu setzen und sich mit neuen Formen und Methoden der Führung in einer großen TIG zu beschäftigen.

Auch in der Aktivierung politischer Aktivitäten spiegelt sich der Altersdurchschnitt wider.

Selbst sind oftmals die Mitglieder nicht in der Lage, persönlich daran teilzunehmen, aber sie haben Kinder, Enkel und Urenkel, mit denen man über ihre eventuelle Teilnahme reden sollte.



Mit Aufmerksamkeit haben wir die Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt hinsichtlich der Fraktionstätigkeit im Landtag zur Herbeiführung sozialer Gerechtigkeit verfolgt. Seine Anfragen zur Umsetzung des Urteils des Landessozialgerichtes Sachsen zur Anerkennung der Zulagen und Zuschläge sind zu begrüßen.

Im Ergebnis hat er unseren Vorschlag sofort aufgenommen und wird eine Beratung mit ISOR Leipzig, Chemnitz und Dresden sowie der

im Land Sachsen dem OKV angeschlossenen Organisationen, Vereinen und Verbänden zur Bestimmung der gemeinsamen Aktivitäten, insbesondere in Vorbereitung der Landtagswahlen 2019 einberufen.

Die Versammlung machte deutlich, dass wir nur in der Partei DIE LINKE einen Partner besitzen, der auch für unsere Interessen eintritt.

In der Unterstützung der Spendensammlung des OKV konnten bisher über **1.900,00 €** abgerechnet werden.

Allen Spendern und Kassierern hiermit besten Dank.

Zusammenfassend zum Verlauf unserer Mitgliederversammlung kann ich den Beitrag von Gisela Böhnisch anführen, der den Inhalt und die Gedanken der Mitglieder poetisch zum Ausdruck brachte.

**Wolfgang Bohlke**

\*

## Aus der Postmappe

Am 9. November 1989 fiel eine Mauer zwischen zwei gravierend unterschiedlichen Welten, errichtet am 13. August 1961 als Bollwerk des Warschauer Vertrages im „Kalten Krieg“ gegen die NATO. Aber bereits ein knappes Jahr danach fanden sich „Bauherren“, die eine neue Mauer errichteten, höher noch, als die abgerissene. Und sie blieb an gleicher Stelle zwischen Ost und West. Nur dass sich diesmal andere Politiker die „Architektur“ und das „Baumaterial“ ausgedacht hatten und immer wieder neu ausdenken. Auch die „Firmen“, die intensiv und mit immens hohen Fördermitteln aus dem Geldbeutel der bundesdeutschen Steuerzahler sich am Mauerbau beteiligen, tragen andere Namen. Sie gehören allesamt zum „Unternehmensverband DDR-Aufarbeitungs-Euphorie“, der sogleich am 3. Oktober 1990 gegründet wurde.

Besonders aus einer dieser „Firmen“ rachen die Schornsteine seit nunmehr knapp dreißig Jahren ununterbrochen und verbreiten einen, die Gehirne der Bundesbürger benebelnden „Medienqualm“. Ihr Mauerbaubeitrag ist Klima schädigend, weil er die Atmosphäre für zwischenmenschliche Beziehungen in Ost und West vergiftet. Ihre Baumaterialien sind seit „Firmengründung“: Diffamierung, Diskriminierung, Verleumdung, Wahrheitswidrigkeit, Lüge und Fälschung über und gegen eine Institution zum Schutz eines gesellschaftlichen Experimentes für eine dauerhafte sozial gerechte und friedfertige menschliche Existenz. Über dem „Firmementor“ prangt die Bezeichnung: „Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“, gekürzt BStU. Aktueller „Geschäftsführer“ mit einem „Ministergehalt“ ist Herr Roland Jahn.

Herrn Jahn liegen nun seit Juni 2018 21 Fragen über Sinn, Aufgaben und Zukunft seiner „Firma“ auf dem Tisch. Der Fragesteller ist die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GRH), eine Vereinigung,

die jenen Teil der Bevölkerung Deutschlands vertritt, der seit der Einverleibung der DDR in die BRD ausgegrenzt, diffamiert, sozial abgestraft und diskriminiert wird. Im übertragenden Sinne ist der eigentliche Fragesteller aber auch die ehemalige Bevölkerung der DDR.

Und deshalb könnte die „Fragerunde“ am Tisch von Herrn Jahn mit den direkten Fragestellern im Oktober 2018 ein Signal sein, dass er nachzudenken und die Produktion seiner „Firma“ zu überdenken scheint. Er sah sich angesichts des neuen Mauerbaues und der damit verbundenen erneuten Spaltung der deutschen Gesellschaft offensichtlich geneigt, darüber nachzudenken, nach sage und schreibe fast 30 Jahren einer schief gelaufenen Propagandakampagne den Hausseggen wieder gerade zu hängen und sich einem Diskurs zu öffnen, an dem auch die ehemaligen Angehörigen des bisher von seiner „Firma“ dämonisierten Ministeriums für Staatssicherheit der DDR als Zeitzeugen teilnehmen sollten. Das sind zwar sehr leise Töne, die da durch die neue Spaltermauer dringen. Aber die MfS-Zeitzeugen haben noch recht gesunde Ohren, um diese überraschenden Töne wahrnehmen zu können.

Sie stehen ihrerseits seit langem bereit, um wahrhaftes Zeugnis zu geben für ihre Motive, im MfS tätig gewesen zu sein. Sie stehen bereit, wahrhaftes Zeugnis zu geben über Gründe und Ziele ihrer Entscheidungen und Tätigkeiten im Dienst des MfS. Und sie stehen auch bereit, als Zeitzeugen einen kritischen Blick auf die Mittel und Methoden des MfS zu richten.

Sind die aktuell politisch Mächtigen aber daran interessiert, dass die Wahrheit über die DDR und ihr Sicherheitsorgan MfS auf die große öffentliche Leinwand projiziert wird? Hat man die Bundestagsdebatte am 27. September 2018 verfolgt, könnte man den Eindruck gewinnen, es gäbe da ein paar kritische Stimmen, die auch die Geschichte nach dem Mauerfall vom 9. November 1989 in Ost und West hinsichtlich ihrer Wahrhaftigkeit mit dem Vergrößerungsglas betrachten. Es hat den Anschein, dass einige der politischen Ost-

experten zu der Erkenntnis gekommen wären:

Da ist seit dem 3. Oktober 1990 mit dem Osten etwas „schief gelaufen“. Da ist neuerdings die Rede, dass bei den „damaligen Umbrüchen die Kränkungen und Ungerechtigkeiten nicht öffentlich gemacht wurden“ (SPD-Vorsitzender von Sachsen und Ostbeauftragter der SPD Martin Dulig). Selbst Mitarbeiter der Jahn-Behörde kommen zu der Erkenntnis: „Aufarbeitung muss den Menschen gerecht werden, nicht den Aufarbeitern. Die DDR-Aufarbeitung sollte nun, fasst dreißig Jahre nach dem Mauerfall, beginnen, die ganze Palette der DDR-Gesellschaft und die Transformationsgeschichte zu erzählen.“ (Ilko-Sascha Kowalczyk – BStU-Mitarbeiter). Die ehemaligen Mitarbeiter des MfS würden gern erzählen, wenn sie nur dürften. Doch bisher wurde jede Wahrheitsstimme medial unterdrückt und fast immer durch Gerichtsentscheidungen zunächst bestraft, wenn dann auch obergerichtlich frei gesprochen.

Wahrheitsstimmen sind in diesem gesellschaftlichen System, in diesem bundesdeutschen Staat generell Gegenstimmen, weil sie nicht nur Geschichte realistisch wiedergeben, sondern auch Gegenwart bloßstellen. Sie geben der Vergangenheit ihre seinerzeit getragenen Kleider zurück und ziehen das Gegenwärtige nackt aus. Und deshalb sind sie bei der herrschenden Politik unbeliebt, ja gefürchtet. Wahrheit ist für die gegenwärtig in Deutschland Mächtigen ein Trauma.

Was sind das eigentlich für Fragen, die Herrn Jahn gestellt wurden? Es sind Fragen, die sich zwingend aus bewusst beiseitegelegten historischen Dokumenten und lebendiger Gegenwart ableiten. Sie kulminieren schließlich in der Fragestellung: Wem schadet und wem nutzt seine „Firma“ und er selbst als ihr „Geschäftsführer“? Die Antwort ist nicht schwierig. Sie schadet der deutschen Einheit, den menschlichen Beziehungen hier und jenseits der neuen Mauer. Sie nutzt einer herrschenden Minderheit, die die Mauerspaltung Deutschlands in Ost und West zementieren möchte.

**Manfred Wild**

# Dank und Gruß aus Geithain

## Liebe Unterstützer, Freunde und Genossen,

wir möchten das Ende eines ereignisreichen Jahres zum Anlass nehmen, allen, die uns geholfen haben, das Vermächtnis von Oberst Viktor Nikolajewitsch Schandakow und Juri Alexejewitsch Wladimirow zu bewahren, herzlich Dank zu sagen: für die Anteilnahme, für die Information an alle Gleichgesinnten, die organisatorische sowie finanzielle Unterstützung, für die Teil-

nahme an den Ehrungen am Fliegerehrenmal Syhra, Danke für die Mitwirkung an der Wiedereinweihungsfeier, die zu einer Manifestation für Menschlichkeit und Frieden, für die Erhaltung der Freundschaft zum Lande Lenins und der Forderung nach Rückkehr zu einer Entspannungspolitik wurde.

Wir wünschen euch allen ein friedliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2019 bei bester Gesundheit.

Wir wünschen uns eine weitere freund-

schaftliche Zusammenarbeit bei unseren gemeinsamen Bestrebungen für Frieden und Völkerverständigung. Bitte übermittelt unseren Dank und unsere Wünsche auch an alle, die in gleicher Sache mit euch und uns verbunden sind.

## Bernd Gnant

im Namen des Ortsverbandes und der Stadtratsfraktion Geithain der Partei DIE LINKE.

## Zwischenruf

### Fragen öffnen Türen für neue Erkenntnisse.

Antworten dienen dem Verstehen, dem Verständnis für den Frager oder den Sachverhalt. Das muss ja nicht deren Billigung bedeuten. Gelegentlich wird in dieser Gesellschaft allein das Verstehen schon verächtlich gemacht („Russland-Versteher“), weil einfache Gemüter darin einzig eine Solidarisierung erkennen vermögen.

Nun gibt es keine Pflicht, auf Fragen antworten zu müssen. Ein Schweigen auf eine oder 21 Fragen kann beredter sein als jede Antwort, ja vielleicht ist das Schweigen schon eine solche. Wer mit Schweigen „antwortet“ sollte deshalb nicht gleich gescholten werden. Gegebenenfalls kennen wir die Motive des Schweigers nicht.

### Wie ist die Lage, Genossen?

Ehemalige Angehörige des seit mindestens drei Jahrzehnten permanenten Anwürfen ausgesetzte Ministeriums für Staatssicherheit hatten vor einigen Jahren ein Buch herausgegeben, in dem es viele „Fragen an das MfS“ in bemerkenswerter Offenheit beantwortete. Dabei ging und geht es um das Verstehen, bestenfalls auch Verständnis für die Arbeit des DDR- Geheimdienstes in der Reaktion auf sein „Gegenüber“ zuzeiten der deutschen, ja europäischen, Zweigeteiltheit.

Jetzt haben Aktivisten ostdeutscher Geschichtsbetrachtung 21 „Fragen des MfS“ an ihre omnipräsenten Geschichtsinterpretierer und Akten-Siegelbewahrer gestellt. Sie haben dazu sogar ein Stündchen an einem (runden?) Tisch gegessen. Das schien fast 30 Jahre unmöglich. Aber bitte keine Euphorie. Es wurden „nur“ 21 kluge Fragen gestellt. Fragen öffnen Türen für...

**Wir werden sehen.**

w.k.

## Veranstaltungen

### Neujahrskonzert

Der Ernst-Busch-Chor Berlin lädt für

Sonabend, den **19.01.2019** und

Sonntag, den **20.01.2019**, jeweils 15.00 Uhr,

ins **Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur**,

Friedrichstraße 176- 179, 10177 Berlin ein.

(U2 und U6 bis Bahnhof Stadtmitte bzw. Französische Straße),

Eintrittspreis 12 Euro

Rita Berger, Vorstandsvorsitzende

## Einladung

zur **Linken Gesprächsrunde**

am Mittwoch, dem **13. Februar 2019**, um 17 Uhr

im Seminarraum 1 in Berlin 10243, Franz-Mehring-Platz 1

Referent: Menschenrechtsanwalt Eberhard Schultz

Thema: **Abbau der Menschenrechte und sozialen**

**Menschenrechte in Deutschland**

Moderation: Gert Julius (BüSGM) und Hans Bauer (GRH)

Eine Gemeinschaftsveranstaltung des BüSGM, der GRH, der ISOR, der GBM, RotFuchs Berlin-Lichtenberg und dem OKV

## Lesenswert

**Wolfgang Vogt**

**Kapitalismus außer Rand und Band**  
(Frieling Verlag Berlin 2018/19)

**Teil I** Karl Marx zum 200. Geburtstag  
am 5.5.2018  
ISBN 978-3-8220-3439-6,  
84 Seiten, Engl. Broschur, Preis 8,90 Euro

**Teil II** Ein Plebiszit schafft klare Verhältnisse  
ISBN 978-3-8280-3461-7  
112 Seiten .Engl. Broschur, Preis 9,90 Euro

**Teil III** Papst Franziskus schafft klare Verhältnisse  
(in Verlag, Erscheinen vorgesehen 2019)

**Teil IV** Die Philosophen haben die Welt ...  
(in Verlag, Erscheinen vorgesehen 2019)

Verlagsanschrift: Rheinstrasse 46, 12161 Berlin.  
Tel. (030)76 69 99-0

Der Autor, den Leben und Entwicklung in der DDR geprägt haben und der nun fast 30 Jahre Kapitalismus in der Bundesrepublik Deutschland erlebt hat, unternimmt aus individueller Sicht einen Systemvergleich (wobei der Titel des Teils I mehr als Widmung zu verstehen ist). Gesamtpublikation wird in vier Teilen vorgelegt, wovon die ersten beiden bereits erschienen sind. Die Darstellungen des Autors sind faktenreich aufgeschriebenes Erfahrungswissen in kritischer Begleitung gesellschaftlicher Entwicklungen in Deutschland aus seiner Erlebnissicht und der Konfliktrealisierung eines ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen. Sein Unbehagen und seine subjektive Systemkritik sind des Bemerken wert.

**ISOR aktuell** folgt dem Wunsch des Autors, auf die Publikation aufmerksam zu machen. **H.B.**

## Auch das noch

Wie der gebührenpflichtige Rundfunk meldet, haben Tiefbohrer bei Dresden, die zum Mittelpunkt der Erde vorstoßen wollen, eine ungeheuerliche Entdeckung gemacht:

Kurz vor dem glühenden Erdkern haben sie einen MfS-Dienstausweis gefunden, den ein sowjetischer KGB-Angehöriger namens Wladimir Wladimirowitsch P. (aus Datenschutzgründen kürzen wir den Namen Putin konspirativ ab) bei seiner damaligen Tätigkeit in Dresden genutzt haben soll. Damit habe er Einlass in die MfS-Dienststellen erzwungen.

Der Kreml habe das in einer Dinglichkeitssituation sogar bestätigt und verlautbart, dass die Sicherheitsorgane der DDR und der UdSSR

befreundet gewesen wären und die Praxis der gegenseitigen Nutzung von entsprechenden Dokumenten im jeweiligen Land üblich gewesen sei.

Eine Ungeheuerlichkeit, die die bestehenden Sanktionen gegen das ehemalige MfS jetzt erst recht rechtfertigen und schärfste Verschärfungen der Sanktionen gegen die Macht- und Ausweisinhaber an Spree und Moskwa erheischen. Schließlich haben sie einen heutzutage verbotenen Beitrag für die Erhaltung des Friedens in Europa geleistet.

Und auch das noch: Glückwunsch den ehemaligen Ausweisinhabern dort und hier zu ihren Jubiläen im vergangenen und im kommenden Monat. **w.k.**

## Neu bei uns im Internet

### Aktuelles/Friedensaktivitäten

Für friedliche Beziehungen zu Russland ...Antrag an den Parteitag der Linken 2019

### Leserzuschriften

RA i.R. Heinz Günther: Zur Rolle der Verschleierung und des Glaubens in der Politik

## Impressum

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Wolfgang Kroschel , Tel.: (030) 29 78 43 19

**V.i.S.d.P.:** Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

**Redaktionsschluss:** 02.01.2019

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 30.01.2019

**Einstellung im Internet:** 08.02.2019

**Auslieferung:** 13.02.2019

**Herstellung:** Druckerei Gottschalk 10829 Berlin

**Layout:** R. Serinek

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

Rechtsfragen Peter Ott (Di. u. Do.) – Tel.: (030) 29784315

– Fax: (030) 29784320

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

**E-Mail:** ISOR-Berlin@t-online.de

**Redaktion:** Isor-Redaktion@t-online.de

**Internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEVXXX

**Sprechstunden der AG Recht:**

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr  
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16